

(Abgeordneter Greulich.)

(A) Ja, meine Herren, wenn man von diesem Standpunkte ausgeht, muß man sich doch sagen, daß die Leute mit ihrer Petition hier wirklich recht haben, und wenn die Regierung Ausgleich schafft, nun, so tut sie eben recht daran. Wenigstens ist das meine Ansicht.

Ich gehe auch noch von einem anderen Standpunkte aus: ich berücksichtige die Nahrungsmittelpreise. Sind denn die Nahrungsmittel in den Dörfern unserer Umgebung billiger als in Riesa? Wenn Sie in den Vororten wohnen und die Gegend kennen, so müssen Sie das absolut verneinen, denn im Wohnungsgeld liegt nicht bloß das Wohnungsgeld, sondern auch die Beschaffung von Genusmitteln, Kohlen usw. Ja das Heranschaffen der Kohlen ist in den ländlichen Orten geradezu mit mehr Kosten verknüpft als in der Stadt Riesa selbst.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn ich nun noch auf die anderen Beamten zukomme, die bei der Steuer oder bei dem Wasserbauamte beschäftigt sind, so steht die Eisenbahnverwaltung auf einem ganz anderen Standpunkt. Die Steuerbeamten, die in Gröba wohnen, bekommen den Wohnungsgeldzuschuß, den Riesa hat. Die Wasserbaubeamten, die in Gröba wohnen, bekommen den Wohnungsgeldzuschuß, der in Riesa maßgebend ist. Steht es bei den Eisenbahnbeamten anders? Wo ist denn der Ort, wo die Inspektion ihren Sitz hat? Das ist Riesa; die Bauinspektion hat ihren Sitz in Riesa und ebenfalls die Bahnhofinspektion. Wenn also die Regierung hier mit den anderen Verwaltungen konform gehen wollte, so müßte sie schon aus diesen Gründen den Leuten den gleichen Wohnungsgeldzuschuß geben. Ich sehe nicht ein, warum man hier eine Ausnahme machen will. Aus meinen Darlegungen werden Sie ersehen haben, daß ein so großes Mißverhältnis, wie es von dem Herrn Geheimrat Otto geschildert wird, zwischen Riesa und seinen Vororten tatsächlich nicht besteht. Glauben Sie denn wirklich, daß Riesa so gütig ist, daß es sich eine Realschule und ein Krankenhaus nur der Vororte wegen erbaut hat? Ich glaube es nicht. Wir, die ländliche Umgebung, wären damals sehr froh gewesen, wenn wir das Johanniterkrankenhaus behalten hätten, aber damals drang die Stadt darauf, sie wollte selbst ein Krankenhaus bauen, und deshalb zog sich das Johanniterkrankenhaus zurück, und jetzt ist es in Heidenau. Das war ein Verlust für das Land. Damals hat niemand dagegen geredet, aber jetzt wird von der Regierung alles in Bewegung gesetzt, um ein ungünstiges Votum für die Riesaer Umgegend herbeizuführen.

Ich bitte Sie, meine Herren, dem Votum, das die Beschwerde und Petitionsdeputation über die Angelegenheit abgegeben hat, zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hauffe.

Abgeordneter Hauffe: Meine sehr geehrten Herren! Alle diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, welche die heute zur Verhandlung stehenden Petitionen eingehend geprüft haben, werden gefunden haben, daß 4 Petitionen davon nur von Beamten ausgehen und diese um eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses petitionieren, während die Gemeinde Zschöllau einzig und allein in ihrer Eigenschaft als Gemeinde um Unterstützung und Abhilfe bittet, was seinen Grund darin findet, daß diese Gemeinde durch das neue Gesetz über Wohnungsgeldzuschüsse außerordentlich schwer und hart geschädigt worden ist. Der Herr Berichterstatter war bereits so lebenswürdig, darauf hinzuweisen, daß gerade die Verhältnisse in Zschöllau so eigenartig liegen wie kaum an einem anderen Orte, und er hat sich der Mühe unterzogen, auf dem Tische des Hauses eine Karte auszulegen, aus der ersichtlich ist, daß das Stationsgebäude in Dschag im Zschöllauer Gemeindebezirke liegt und infolgedessen sowohl dieses Gebäude als auch seine Bewohner mit zur politischen Gemeinde Zschöllau gehören. Bis zum Jahre 1913, also bis zur Einführung des neuen Gesetzes, bezogen alle Beamten des Bahnhofes Dschag gleiches Wohnungsgeld, hingegen nach dessen Einführung erhielten die in Dschag wohnenden Beamten Wohnungsgeld nach Ortsklasse II, die in Zschöllau verbliebenen nach Ortsklasse III. Was war nun die Folge von dieser Änderung? Die Beamten des Bahnhofes Dschag, die bis dahin fast ausschließlich in Zschöllau gewohnt hatten, schüttelten sehr bald den Staub der Zschöllauer Gemeinde von ihren Füßen und siedelten nun von Zschöllau nach Dschag über. Das fiel ihnen um so leichter, als sowohl die Wohnungsverhältnisse und Mietpreise als auch die Nahrungsmittelpreise usw. genau dieselben sind wie in Dschag und in keiner Weise abweichen. Der Unterschied ist vor allen Dingen nur der, daß die Beamten von Bahnhof Dschag aus bis zur Stadt einen Weg von 15 bis 20 Minuten zurückzulegen haben, während sie nach dem Orte Zschöllau selbst nur 3 bis 8 Minuten brauchen. Das Allerschmerzlichsche und Unliebsamste aber, was Zschöllau noch als besonderes Unrecht empfindet, besteht darin, wie das auch bereits von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben wurde, daß die Feldflur Dschag die Gemeinde Zschöllau so umfaßt, wie ich auch schon in der Deputation gesagt habe, polyphenartig umfaßt und daß jetzt jenseits Zschöllaus auf der Dschager Flur ein ganzes Häuserviertel entsteht, wo eine sogenannte Beamtenkolonie gegründet werden soll. Auf diese Weise erhalten alsdann die dort wohnenden Beamten Wohnungsgeld II. Klasse, obgleich sie auf

(D)